

Norddeutsche Arbeiterstimme

Nummer 3

März 1955

5 Pfennig

Der Fall Krankenhaus Elim

Wir haben des öfteren darauf hingewiesen, daß der Bürgerblock sich um die Meinung der SPD einen Dreck kümmert, wenn diese nicht seiner entspricht. Wir sind auch der Ansicht, daß es um die Hamburger Arbeiterschaft besser stünde, hätte sich die SPD genau so rücksichtslos für die Interessen der Arbeiter und Angestellten eingesetzt, wie es der Bürgerblock für seine Interessen tut.

Ein „mustergültiges“ Verhalten zeigte die SPD im Finanzskandal um das Krankenhaus Elim. Hier wurde die Bürgerschaft überspielt, indem ein Darlehen an das Krankenhaus Elim ausgezahlt wurde, obgleich in der Bürgerschaft über den Antrag noch nicht endgültig entschieden war. Das Krankenhaus Elim gehört einer christlichen Sekte, deren Vorsteher der Prediger Heitmüller ist. Dieser Mann versteht es, den Interessen seiner Sekte und seinem persönlichen Vorteil alles unterzuordnen. Außerdem gehört dieser Prediger Heitmüller zu jenen Leuten, denen es auf die Ermordung von Tausenden und Abertausenden Juden, sozialdemokratischen und kommunistischen Arbeitern nicht angekommen ist. Er gehört zu jenen frommen Seelen, deren es nicht wenige gab, die Adolf Hitler als „Boten Gottes“ ansahen, der gekommen sei, um das deutsche Volk von dem „fluchbeladenen demokratischen Revolutionssystem vom November 1918“ zu befreien. „... Deutschland wäre eine Domäne des satanisch höllischen Bolschewismus geworden, wenn nicht durch Gottes Gnade und Fügung die große Wende in Staat und Volk und Vaterland gekommen wäre.“

Diese paar Zitate des christlichen Predigers von 1933 werden genügen. Seine Anschauungen haben sich bis jetzt nicht gewandelt. „Die Träger der Bewegung zur Ermordung des keimenden Lebens waren jüdische Aerzte in großer Zahl.“ „Jüdische Männer und Frauen waren auch die Führer jener politisch radikalen Linksparteien, deren erste Parole lautet: Nieder mit den Kirchen! und Nieder mit den Christen!“ Diese „Feststellung“ konnte Heitmüller bereits 1947 ungestraft in einem Brief an die britische Militärregierung machen. Was sagt unsere Sozialdemokratie zu dieser Sorte Gedanken ihrer im KZ ermordeten Genossen?

Hören wir Schmedemann auf der Bürgerschaftssitzung vom 30. Juni 1954:

„Sicherlich, man muß unter alle Dinge mal einen Schlußstrich ziehen, aber ich schränke das ein: nur dann, wenn Beweise einer echten Abkehr von gewissen Verfehlungen in der vergangenen Zeit vorliegen.“

Wie wir die Herren vom Schlage der Heitmüller kennen, kommt es ihnen nicht darauf an, „Beweise echter Abkehr“ zu liefern, uns morgen im gleichen Geiste gegen die „Linksparteien“ und zu ihrer Ausrottung aufzurufen.

Das Krankenhaus Elim, das baulich und was die Ausstattung betrifft an erster Stelle in Hamburg steht, hatte

ein öffentliches Darlehen von 600 000 DM beantragt. Die Finanzbehörde hat dieses Darlehen auf 800 000 DM erhöht mit der Begründung, das Krankenhaus stelle Krankenhausbetten zu günstigen Bedingungen. Bei diesem gefälligen Entgegenkommen der Finanzbehörde blieb es nicht. Zinsen und Tilgungsdauer zu sehr günstigen Bedingungen laufen nebenbei. Man änderte die allgemeinen Bedingungen, die sonst bei öffentlichen Darlehen gestellt werden. Sonst muß ein öffentlicher Vertreter für die Tilgungsdauer in den Vorstand der Firmen und Stiftungen aufgenommen werden, hier begnügte man sich damit, daß ein Arzt vom Krankenhaus im Vorstand sein mußte.

Auf Anfragen von seiten der SPD in der Deputation der Gesundheitsbehörde antworteten die Bürgerlichen:

„Vorstandssitzungen würden grundsätzlich in der Form eines Gottesdienstes abgehalten und deshalb sei die Teilnahme . . . nicht angängig.“

Gott hat es jedenfalls fertiggebracht, daß das Krankenhaus „aus eigener Kraft“ in der Reichsmarkzeit 900 000 RM und nach der Währungsreform 400 000 DM investierte. Wer bringt diese großen Summen auf? Die Kranken? Gottes Fügung hat auch die Personalsorgen erleichtert. Die Wahl des Arztes ist nicht sehr schwer, ein Sohn des Predigers ist dort Gynäkologe. Um diesen Sohn im Krankenhaus unterzubringen, mußte ein anerkannter Arzt seinen Posten aufgeben. Ein zweiter Sohn ist Nationalökonom und vertritt die wirtschaftlichen Belange. Ein wahrhaft göttlicher Familienbetrieb!

Für einen Arbeiter wäre die Sache einfach und klar — Ablehnung des Antrages. Die SPD, eingewoben im parlamentarischen Spiel, stark (oder schwach) im Verhandeln (in den Ausschüssen), kam mit der Sache erst ans Licht der Bürgerschaft als die Blockvertreter in den Ausschüssen nicht zum Verhandeln bereit waren. Hören wir Schmedemann, SPD, auf der Sitzung vom 30. Juni 1954:

„... ich komme um eine andere unangenehme Aufgabe nicht herum, und Sie müssen mir glauben, ich tue es nicht gern. Ich habe versucht, in der Deputation der Gesundheitsbehörde die Dinge auszubügeln. Ich habe, bevor der Senatsantrag Ihnen vorgelegt wurde, eine Reihe von Bedenken der Deputation . . . vorgelegt.“

Wir glauben Schmedemann die Unbehaglichkeit gern. Für einen Parlamentarier ist natürlich das Verhandeln im Ausschuß und in der Deputation behaglicher als vor der Bürgerschaft im Blickfeld der Öffentlichkeit. Um die Sache aus dem Auge der Öffentlichkeit zu bekommen, beantragte damals der Bürgerblock die Ueberweisung des Darlehensantrags an den Haushaltsausschuß. Trotzdem über das Darlehen noch nicht endgültig in der Bürgerschaft entschieden worden war, zahlte die Hamburgische Landesbank die 800 000 DM dem Krankenhaus Elim aus. Der Bau, der damit finanziert werden sollte, ist inzwischen fertiggestellt worden.

Wir sind der Ansicht, in der Frage der Unterstützung von reaktionären Kräften mit öffentlichen Geldern gibt es kein Verhandeln. Die Vertreter des Bürgertums braucht man nicht aufklären, welchen Leuten sie hier eine Unterstützung zukommen lassen. Aufklären muß man die Arbeiter und Angestellten über das Treiben der Bourgeoisie. Dies wäre für die Hamburger SPD doch eine Leichtigkeit, da sie doch, wie das „Hamburger Echo“ immer rühmt, gute Beziehungen zum Bürgertum hat. Das setzt aber voraus, daß die SPD die Bürgerschaft zur Tribüne der Propagierung der Arbeiterinteressen macht und nicht als notwendiges Uebel der Demokratie behandelt, vor dem man nur „unbehaglich“ auspackt.

Auf der Bürgerschaftssitzung vom 23. Februar 1955 stand nochmals der Antrag, das Darlehen dem Krankenhaus Eim zu gewähren und damit der Landesbank eine Deckung zu erteilen. Die SPD lehnte den Antrag auf Darlehensgewährung ab. Ihre Kritik, so meinte die SPD, an der Person Heitmüllers sei berechtigt gewesen, dies beweise jetzt die einstimmige Forderung des Haushaltsausschusses auf Entfernung Heitmüllers aus der Leitung des Krankenhauses. Formalrechtlich mag übrigens die Landesbank richtig gehandelt haben, wenn sie zur Auszahlung schritt. Dies stellte Schmedemann, SPD, fest. Das „formalrechtliche“ Entgegenkommen der SPD fand sofort ein entsprechendes Echo auf der anderen Seite. Vom Bürgerblock wurde auf die Tatsache hingewiesen, daß eine „saubere juristische“ Trennung der Person Heitmüllers vom Vorstand erfolgt sei. Weiter würde ein Vertreter der Gesundheitsbehörde jetzt mit im Vorstand sein. Damit war die Made vom Käse getrennt. Nevermann, SPD, entdeckte: „Wir müssen uns jetzt in Sinne politischer und finanzieller Sauberkeit entscheiden. Deshalb wählen wir ausnahmsweise dieses außergewöhnliche Verfahren und bezweifeln die Beschlußfähigkeit des Hauses.“ Die Zählung ergab: 60 Blockabgeordnete waren nur anwesend, damit war die Bürgerschaft nicht mehr beschlußfähig.

Was ist der Sinn dieses sonderbaren Verhaltens der SPD? Statt die Manöver des Bürgerblocks vor der hamburgischen Arbeiterschaft anzuprangern mit dem Ziele, sie gegen die Bourgeoisie zu mobilisieren, bedient sich die SPD solcher Vorfälle, um dem Bürgerblock beschwörend aufzuzeigen, daß er die SPD braucht, daß seine parlamentarische Basis zu schmal ist. In anderen Worten: es handelt sich für die SPD nur darum, um die große Koalition zu betteln.

Die Koalition braucht das Bürgertum aber nur, wenn der sozialdemokratische Regierungspartner eine aufsässige Arbeiterschaft einschläfern soll. Da das ganze Verhalten der SPD schon jetzt die Arbeiter einlullt statt mobilisiert, geht's auch ohne Koalition. So bewirkt das fruchtlose Betteln um Regierungsbeteiligung, daß selbst die borniertesten reformistischen Ziele am eigenen parlamentarischen Kretinismus scheitern.

Kirchliche Krankenhäuser gefördert - staatliche „gesunder Konkurrenz“ ausgesetzt

Auf der Bürgerschaftssitzung vom 9. Februar 1955 wurde ein Zwischenkredit des evangelischen Krankenhauses Bethesta in ein zinsloses Darlehen, bei Stimmenthaltung der SPD, umgewandelt. Bei Beginn des Krankenhausbau vor rd. 5 Jahren, also noch unter dem SPD-Senat, war man neben sonstigen Darlehensanträgen (insgesamt sind es jetzt 1,7 Mill. DM) auch auf Gewährung eines Zwischenkredits in Höhe von 300 000 DM an den Hamburger Staat herangetreten, da der Weltkirchenrat diese Summe zum Bau zuschießen wollte. Von Jahr zu Jahr wurde der Kredit verlängert. Jetzt stellt sich heraus, daß der Weltkirchenrat nicht zahlt. Da von anderer Seite keine Möglichkeit besteht, die Gelder zu erträglichen Bedingungen zu bekommen, muß der Staat einspringen. Die evangelischen Brüder scheinen in Geldfragen nicht minder gewitzt zu sein als die Kollegen von der katholischen Seite.

Aber sollte so eine gemeinnützige, hilf- und segensreiche Sache nicht doch unterstützt werden? Für die menschenfreundlichen evangelischen Brüder scheint in dessen das Geschick an erster Stelle zu stehen. Die Kosten der staatlichen Krankenhäuser liegen höher als die Einnahmen, was zum Teil vom Nachholbedarf verursacht wird, zum größten Teil aber dadurch, daß diese Krankenhäuser auch Fälle übernehmen müssen, bei denen die Einnahmen eine geringfügige Rolle spielen. Wie macht es das evangelische Krankenhaus? Man läßt die neu eingerichtete Infektionsabteilung einfach keine Infektionskranken aufnehmen! Daß man die Betten des Krankenhauses nur zu 85 Prozent belegen läßt, scheint auch geschäftliche Hintergründe zu haben. Dafür liegt, wie der Bürgerblock betont, der Zuschuß niedriger als bei den staatlichen Krankenhäusern.

Die Bürgerlichen haben großes Interesse, die kirchlichen „Wohltätigkeitswerke“ gegenüber den staatlichen Krankenhäusern zu bevorzugen, wobei die Kosten von der arbeitenden Bevölkerung getragen werden müssen. Wehe, wenn dieses Gebiet noch mehr als bisher unter den Einfluß der Kirchen kommt!

Bei den staatlichen Krankenhäusern will man die „Selbstverwaltung“ einführen. Man verspricht sich davon eine „gesunde Konkurrenz“. Das würde eine bedeutende Verschlechterung der Behandlung und Pflege gerade der Kranken aus den werktätigen Schichten bedeuten. Damit würde der versprochenen Entwicklung von Massensälen zu Pflegestätten der Todesstoß versetzt. Selbstverwaltung im Kommunalwesen und in der Gesundheitsverwaltung sind nicht dasselbe. Die Hamburger Arbeiterschaft hat kein Interesse, kirchlichen Krankenhäusern über ihre Steuergroschen eine Sanierungsspritze zukommen zu lassen. Daß die SPD sich bei dieser Auseinandersetzung mit dem Block ziemlich ruhig verhielt, hängt mit der großen Begeisterung zusammen, mit der die SPD an den evangelischen Krankenhausbau gegangen ist.

Biertisch einigt

Am Montag, dem 28. Februar, fanden sich im Hamburger Rathaus „Persönlichkeiten“ aus Parlament, Wirtschaft, Theater und den Gewerkschaften zum traditionellen parlamentarischen Bierabend zu einem Stelldichein zusammen. Alles was Rang und Namen hatte, war zu finden. Mit einem Wort, die Gesellschaft war unter sich. Unsere SPD-Helden, die die letzte Bürgerschaftssitzung mit Kanonendonner verlassen hatten, saßen unter ihren Kollegen von der rechten Seite. Der Bürgerschaftspräsident Schönfelder, SPD, soll eine launige Einleitungsrede gehalten haben, in der er den Wunsch äußerte, daß der Kontakt zwischen den „Persönlichkeiten“ der Politik, der Wirtschaft usw. noch enger werden möge.

„Im Laufe des Abends kam es dann in verschiedenen Kreisen der Gäste zu angeregten Unterhaltungen, die sich mehrere Stunden hinzogen.“

So der Bericht des „Hamburger Echo“ vom 1. März. Sicher konnten unsere SPD-Häupter wieder einmal feststellen, die Leute von der rechten Seite des Parlaments seien „auch nur Menschen“. Welch segensreiches System! Man zankt sich und verträgt sich. Wie in einer guten Ehe. (Nur daß die rechte Seite fremdgeht.)

Bitten wir Herrn Prediger Heitmüller dieses System, das ihm ja allerhand zukommen ließ, dem Herrgott zu empfehlen, damit der Herrgott ihm sein Angesicht zuneige, es segne und beschütze. Amen. — Trotz Gottes Hilfe wird die Zeit kommen, wo nur noch Geschichtsbücher über dierlei Dinge berichten werden. Helfen wir mit, daß diese Zeit bald anbreche.

„Wir deutschen Katholiken gehen gerne den Kuhpfad, die Marschroute weniger selbstbewußter Führer, und haben nur selten den Mut, die eigenen Gedanken zu äußern oder sogar kritisch Stellung zu nehmen...“

Nur allzuoft ist man Landsturweide mit der kirchlichen Organisationen, die es heute schon wieder gibt. Es ist alles aus den zwanziger und dreißiger Jahren wieder da! ... Und wie kommen wir zu einer großen katholischen sozialen Bewegung? Unsere Organisationen sind erstarrt und verkastet, sie empfangen von ihren Führern zuwenig geistige Glut und Sendungsbewußtheit.“ (Brief eines katholischen Pfarrers aus dem „Michael“ vom 29. Januar 1955).

Die vielgerühmte Unternehmerinitiative

Ein Hauptargument der Spießbürger gegen die sozialistische Wirtschaftsform besteht darin, daß ohne private Unternehmerinitiative die Wirtschaft überhaupt nicht bestehen könnte. Die Aufhebung des Privateigentums an den Produktionsmitteln würde jedes Interesse an der Arbeit beseitigen und eine, wie man so schön sagt, allgemeine Faulheit eintreten lassen, weil keinerlei Anreiz mehr vorhanden sei. Wenn das stimmen würde, müßte die kapitalistische Welt schon längst zu Grunde gegangen sein, denn in ihr arbeiten Millionen von Menschen Tag für Tag und erwerben trotzdem kein Privateigentum an den Produktionsmitteln. Sie fristen bestenfalls schlecht und recht ihr Leben. Dagegen eignet sich eine kleine Minderheit von Kapitalisten den von den Arbeitern geschafften Mehrwert allein an. Wie das vor sich geht, zeigt folgendes interessante Beispiel:

Auf der Straße von Salder nach Engelnstedt befindet sich ein solcher Musterbetrieb. Es ist die Gießerei Gebrüder Schreitell KG. Hier arbeiten 30 bis 35 Leute unter Arbeitsbedingungen, die darauf schließen lassen, daß es sich bei den Gebrüdern Schreitell nicht um die besten Brüder handeln kann. Zur Zeit ist allerdings nur noch ein Bruder tätig, der andere hat es vorgezogen, auszuwandern. Als gebürtigem Weißrussen scheint ihm die Nähe der „Bolschewisten“ nicht die nötige persönliche Sicherheit zu bieten, und er hat sich deshalb in respektvolle Entfernung abgesetzt.

Nun zu den Arbeitsbedingungen des Musterbetriebes selbst. Die Betriebseinrichtung ist so primitiv, daß im Vergleich zu ihr die Gießereien zu Schillers Zeiten wahrscheinlich noch als modern anzusehen sind. Hier wird alles noch mit körperlichen Einsatz vollbracht. Der Schmelzofen ist eine wahre Rarität und besitzt bestimmt Seltenheitswert. Beim Gießen muß der Ofenbedienungsmanng geradezu artistische Leistungen vollbringen, wenn er sich vor dem Verbrühen durch Schlacke oder Eisen schützen will. Dies ist zum Teil bedingt durch die Enge des Raumes. Das Gießen mit Handpfannen ist an sich nichts besonderes. Aber wie sich hier die Kumpels durch den engen Raum schlängeln müssen, ist geradezu erstaunlich. Kräne sind natürlich Luxus und auch gar nicht anzubringen. Als Ersatz dient ein Flaschenzug, der schon ohne jede Belastung nur mit äußerster Kraftanstrengung in Bewegung zu bringen ist. Ebenso erstaunlich primitiv ist der Flaschenzug zur Füllung des Schmelzofens mit Gußeisen und Schrott. Auch alle anderen Betriebsmittel der Formerei und Kernmacherei sind nicht besser. Daraus ergibt sich von selbst, daß hier alles nur auf Knochen der Arbeiter geht und auch nur gehen kann.

Für diese Knochenarbeiten zahlt Herr Schreitell in der Spitze einen Stundenlohn von DM 1,60. Die tarifliche Gießereizulage von 20 Pfg. pro Stunde wird natürlich auch nicht bezahlt. Bei Lohnforderungen der Kumpels tröstet Herr Schreitell auf spätere Zeiten oder verweist auf die Konkurrenz. Es werden aber nicht nur schlechte Löhne gezahlt, auch die sanitären Einrichtungen spotten jeder Beschreibung. Durch die Raumenge (die Putzerei ist in einer kleinen Nissenhülle ohne jede Abzugsmöglichkeit untergebracht) sind die Leute dem Dampf, Rauch und Staub ausgesetzt. Das allein schon gefährdet ihre Gesundheit außerordentlich. Insbesondere deshalb, weil Badmöglichkeiten nicht vorhanden sind. Mit Ach und Krach haben die Arbeiter neuerdings die Möglichkeit, sich in einem Becken zu waschen. Der Umkleieraum ist auch nicht gerade ein Schmuckkästchen. Teilweise haben zwei Leute einen Spind. Die Rattenfalle unter dem Spind läßt darauf schließen, daß sich diese Gottesgeschöpfe in diesem Raum sehr wohl zu fühlen scheinen. Es wären sicher noch mehr Mißstände aufzuzählen. Für heute mögen diese genügen.

Wir möchten uns nun noch mit der Frage beschäftigen: Warum wehren sich die Arbeiter nicht gegen diese Zustände? Da ist zunächst festzustellen, daß die Belegschaft nicht gewerkschaftlich organisiert ist. Jeder versucht, allein mit dem Chef zu verhandeln, wobei sich einige als vorzügliche „Radfahrer“ bewähren. So primitiv wie die Betriebsmittel, so primitiv sind auch die Methoden des Herrn Schreitell, das letzte aus den Knochen seiner Arbeiter herauszuholen. Um eine bestimmte Höchstleistung zu erreichen, wird den Kumpels ein Kasten Bier versprochen. Die Kollegen sind einfältig genug und hauen drauf mit dem Ergebnis, daß diese Sonderleistung als

Normalleistung festgesetzt wird. Und das alles für einen Stundenlohn von 1,50–1,60 DM.

Das ist nur deshalb möglich, weil Herr Schreitell die Notlage seiner Arbeiter ausnützt und dabei noch den Wohltäter spielt. Unter der Belegschaft sind viele Ostzonenflüchtlinge, die zunächst froh sind, Arbeit zu erhalten. Wenn ihnen Herr Schreitell nun noch ein Zimmer verschafft, fühlen sie sich vollends zum Dank verpflichtet und wagen es gar nicht, gegen diese mittelalterlichen Zustände anzukämpfen. Hier kann man auch sagen: Wohltun bringt Zinsen! oder anders ausgedrückt: das ist die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen in Reinkultur. Aber darauf beruht die vielgerühmte Unternehmerinitiative.

Den Kollegen dieser Mustergießerei ist allerdings solange nicht zu helfen, solange sie nicht begreifen, daß sie sich gewerkschaftlich organisieren und vereint für bessere Arbeitsbedingungen kämpfen müssen.

Salzgitter

Angestellten-Tarifvertrag gefordert

In mehreren Versammlungen der Angestellten der Hüttenwerk Salzgitter AG., in denen der 2. Bevollmächtigte der IG Metall, Koll. Söchtig, referierte, ist von allen Angestellten im Hüttenwerk die Forderung auf Abschluß eines Angestellten-Tarifvertrages aufs lebhafteste begrüßt und aufgenommen worden. Seit längerer Zeit war die berechnete Forderung erhoben worden, unverzüglich für die Angestelltenschaft einen Tarifvertrag abzuschließen. Es wurde herausgestellt, daß beim Abschluß des Tarifvertrages für die Lohnempfänger der Arbeitgeberverband nicht bereit war, einen Tarifvertrag auch für die Angestellten mit abzuschließen. Die Erklärung des Arbeitgeberverbandes, bis spätestens Dezember 1954 in Verhandlungen einzutreten, blieb ohne Resultat, da der Arbeitgeberverband an irgendeiner Verhandlung nicht interessiert war.

Auf einer außerordentlichen Vertrauensmänner-Konferenz der Zahlstelle IG Metall (Hüttenwerk Salzgitter AG.) wurde der Beschluß gefaßt, unverzüglich alles dafür einzusetzen, daß es zu einem Abschluß eines Tarifvertrages für die Angestellten komme. Hier zeigte sich die solidarische Unterstützung und Willenskundgebung der Lohnempfänger, für die es auch untragbar ist, daß tausend Angestellte auf den Abschluß eines neuen Tarifvertrages immer noch warten müssen.

Der Koll. Söchtig wies mit Recht darauf hin, daß das Mißverhältnis zwischen Löhnen und Gehältern immer größer geworden sei und daß mit der Einführung von Produktionsprämien das Verhältnis sich immer ungünstiger für die Angestelltenschaft gestalte. Die seinerzeitige Forderung des Betriebsrats, auch für die Angestellten eine 6,5prozentige Anhebung durchzuführen, konnte bis jetzt noch nicht realisiert werden, da eine Verständigung zwischen dem Betriebsrat und der Abt. Tarife und Verträge der Hüttenwerk Salzgitter AG. nicht erzielt werden konnte. Es steht aber heute schon fest, daß diese 6,5 Prozent keineswegs genügen, daß vielmehr die Notwendigkeit besteht, eine Produktionsprämie für den Teil der Angestellten, die unmittelbar in der Produktion stehen, sowie eine Anteilprämie für die Angestellten, soweit sie in Verwaltung und als Bürokräfte tätig sind, zu gewähren. Nur auf dieser Grundlage ist es in etwa möglich, die Schere zwischen Lohn und Gehalt zu schließen.

Dem Teil der Angestellten, die bis jetzt an diesen Fragen desinteressiert waren oder der Gewerkschaftsorganisation geringe Aufmerksamkeit gewidmet haben, sei gesagt, daß sein Schicksal mit dem der Lohnempfänger eng verknüpft ist, da der Lohnempfänger über größere gewerkschaftliche Bewegungsfreiheit verfügt. Dank seiner größeren Zahl und Kraft können die Angestellten nur in Anlehnung an die Arbeiter, auf die Dauer gesehen, ihre materiellen Interessen sichern.

Deher erachten wir es für notwendig, daß auch bei der kommenden Betriebsratswahl, genau wie vor zwei Jahren, Angestellte und Lohnempfänger gemeinsam wählen, um damit demonstrativ zu zeigen, daß es keine Kluft zwischen Lohnempfänger und Angestellten gibt, sondern nur eine einheitliche Front. Getrennt sind wir schwach, vereint können wir alles sein!

Hamburg: Zwei Kundgebungen

Unter dem Schutz von mehreren Hundertschaften Polizei und von Wasserwerfern, einem Massenaufgebot von Ordnern inner- und außerhalb der Ernst-Merck-Halle stieg die große Kundgebung der Koalitionsparteien. Neben diesen äußeren Sicherungsmaßnahmen wurden Eintrittskarten nur an ein auserlesenes Publikum vergeben. Eine kleine Anzahl Karten wurde verkauft, Jugendlichen wurde die Eintrittskarte nur gegen Ausweis abgegeben. Eine endlose Reihe abgestellter Privatwagen gab Aufschluß über den sozialen Stand der Versammlungsteilnehmer.

Während der Versammlung wurden Zwischenrufer rücksichtslos mit Hilfe der Polizei entfernt. Zustimmung kam hauptsächlich von bejahrten Besuchern. Ueber den Inhalt der Reden lohnt es nicht, Platz zu verlieren. Drinnen läuft die Versammlung der 7000 nach Unterdrückung selbst der kleinsten Proteste im großen und ganzen ruhig ab. Draußen unterhalten sich zwei Polizisten der Absperrmannschaften über ihren voraussichtlichen Dienst am kommenden Tag, an dem die Ollenhauer-Kundgebung in der gleichen Halle abgehalten wird: „Ob wir morgen wohl auch wieder hier Dienst tun müssen?“, fragt der eine und klopft sich die kalten Hände. „Ach was!“, antwortet der andere, „morgen gibt es keinen Extradienst, oder glaubst Du etwa, diese dicken Bonzen mit ihren Mercedes 300 gehen in die Ollenhauer-Versammlung?“

An einer anderen Stelle versuchen gegen Adenauer demonstrierende Arbeiter mit den Polizisten ins Gespräch zu kommen. Da ruft ein Polizist, dem es offensichtlich unangenehm ist, gegen die Arbeiter eingesetzt zu werden: „Meine Herren, Sie wissen doch, daß es uns verboten ist, uns mit Ihnen zu unterhalten. Unterlassen Sie doch bitte diese Versuche!“ Auf Schleichwegen verläßt der stark bewachte Konrad nach der Kundgebung die Hansestadt Hamburg.

Keine 20 Stunden später hat sich das Bild um die Ernst-Merck-Halle geändert. Bereits um 17 Uhr strömen Arbeiter, Angestellte, Männer und Frauen in Gruppen zur Ollenhauer-Kundgebung. Eine viertel Stunde später ist die Halle fest besetzt. Der Strom der Arbeiter reißt nicht ab. Viele müssen stehen. Eine zweite Halle muß hinzugenommen werden. Bundesfarben und Hamburgflaggen beherrschen das Bild. Keine Rote Fahne. Ueber 12 000 sind gekommen, um gegen Adenauer zu demonstrieren. Die Polizisten kann man zählen. Die Ordner scheinen überflüssig.

Max Brauer eröffnet die Kundgebung. Als erster spricht Otto Brenner, IG Metall. Er lehnt die Aufriistung ab und weist auf die Verelendung hin, die sie bringen würde. Als zweite spricht Frau Schanzbach von den Aufgaben der Frauen im Kampf gegen den Krieg. Als letzter Redner tritt Ollenhauer auf. Seine Ausführungen, mit Ausnahme der Polemik, bringen nichts neues. Alle Redner werden durch die Zwischenrufe unterstützt. Zum Schluß wird das Manifest der Paulskirche mit wenigen Gegenstimmen angenommen. Die Kundgebung klingt aus mit „Brüder zur Sonne zur Freiheit“. Die Halle ist schnell geräumt. Die Masse der gekommenen Arbeiter imponiert . . . und doch fehlte etwas.

Saltzgeber-FAMAS

Keine Wirkung ohne Ursache

Ist ein allgemeingültiger philosophischer Grundsatz, den die FAMAS-Direktion scheinbar nicht verstehen kann. Die Teildemonstration der Belegschaft am 16. Dezember 1954 richtete sich gegen die Absicht der Geschäftsleitung, den Treuegroschen abzuschaffen. Diese Aktion war der Direktion etwas in die Knochen gefahren und kam ihr sehr ungelogen. Nachdem der erste Schock vorüber war, wurde der Herr-im-Hause-Standpunkt herausgekehrt und ein Aushang angebracht, der bei Wiederholung einer solchen Aktion schärfste Maßnahmen androhte.

Die Betriebsleitung wurde wiederholt, u. a. in der Betriebsversammlung vom 18. Dezember 1954 darauf hingewiesen, daß sie durch ihre Abbaumaßnahmen die Verantwortung für die Vorgänge des 16. Dezember allein trage. Oder ist sie der Meinung, die Arbeiter würden Verschlechterungen ihrer Arbeitsbedingungen mit Ehrfurcht und Demut hinnehmen? Nach unserer Ansicht war die Sprache des 16. Dezember die einzig richtige, die die Arbeiter in einer solchen Situation sprechen können. Sie hat nicht nur den Vorteil, daß sie verstanden wird, son-

dern, was noch viel wichtiger ist, sie wird auch als einzige vom Unternehmer respektiert. Daß dieser sonderbare Anschlag auch vom Betriebsrat unterzeichnet war, wird mit den Vorschriften des famosen Betriebsverfassungsgesetzes begründet.

Was aber haben einige Betriebsratmitglieder hinsichtlich einer Geburtstagsfeier mit Eisbeisessen in Wolfenbüttel zu sagen, zu der nur leitende Angestellte bis zum Abteilungsleiter eingeladen waren? Wenn es bei den Betriebsratswahlen zu getrennten Wahlen kommt, werden sie es wohl auch verschmähen, auf der Liste der Lohnempfänger zu kandidieren. Es liegt nun einmal in der Natur der Sache, daß man schlecht zwei Herren zugleich dienen kann. Es gibt Kollegen, die sich über ein solches Verhalten ihre eigenen Gedanken machen. Das haben die Delegiertenwahlen zur Vertreterversammlung der IG Metall bereits gezeigt. Uebrigens war die Vertreterwahl ein Zeichen der organisatorischen Schwäche der Belegschaft. Es machten nur 827 Kollegen von ihrem Wahlrecht Gebrauch und dokumentierten damit ihre Interesselosigkeit oder ihr geringes Vertrauen zur Organisation. Vielleicht auch beides.

Betrieblich gesehen steht es ungünstig. Die vorhandenen Aufträge laufen in einigen Monaten aus und von neuen hat man noch nichts gehört. Es fehlt nur noch, daß man „zu hohe Löhne“ als Grund für die schlechte Auftragslage angibt. Oft ist zu hören, daß in der FAMAS die höchsten Löhne gezahlt werden. Gewiß gibt es einige Kollegen, die monatlich eine schöne Summe Lohn nach Hause tragen. Es wird aber immer übersehen, daß dies nur möglich war durch viele Ueberstunden auf der einen und Entlassungen auf der anderen Seite. Entscheidend ist der Stundenlohn. Kürzlich eingestellte Hilfsarbeiter bekamen DM 1.18 pro Stunde! Dafür gaben sie auch nur eine kurze Gastrolle. Diese Tatsache und die Abwanderung hochqualifizierter Fachkräfte sprechen nicht dafür, daß in der FAMAS zu hohe Löhne gezahlt werden.

In diesem Zusammenhang ist nicht uninteressant, daß sich das Arbeitsgericht in Sachen der Arbeitsordnungskündigung durch die Betriebsleitung gegen die Arbeiter entschieden hat, indem es die Feststellungsklage des Betriebsrates am 8. Februar ablehnte, ohne die Zeugen zu laden. Der Arbeitsrichter vertrat den Standpunkt, daß das Fehlen der Kündigungs Klausel in der Arbeitsordnung die Geschäftsleitung zur fristlosen Kündigung berechtigt hätte. Ob eine Berufungsverhandlung verlangt wird, steht noch nicht fest, aber auch wenn sie angestrebt wird, ist kaum anzunehmen, daß dabei etwas für die Kollegen herauskommt. Mit der Ablehnung der Feststellungsklage werden den Kollegen die letzten Illusionen genommen, die im Stillen immer noch geglaubt haben, auf dem Rechtsweg das Fahr- und Kindergeld den Kollegen zu erhalten. Auch hier gilt: Keine Wirkung ohne Ursache!

Kultur? . . .

„Die südafrikanische Regierung begann gestern früh mit der zwangsweisen Entfernung von 50 000 Eingeborenen aus Johannesburg. Die Aktion erfolgt im Rahmen der verschärften Rassentrennungspolitik. Um Unruhen zu vermeiden, wurden 2000 schwerbewaffnete Polizisten und Soldaten eingesetzt. Die Farbigen wurden bei strömendem Regen in Armaelastkraftwagen in ein neues Viertel gebracht, das außerhalb des Stadtzentrums liegt. . . Die geräumten Hütten wurden sofort dem Erdboden gleichgemacht. Eine Reihe von Negern hatte die Aktion nicht erst abgewartet, sondern war bereits während eines heftigen Gewitters in der Nacht mit der gesamten Habe verschwunden. Die meisten von ihnen sind Anhänger des „Afrikanischen Nationalkongresses“, der Streiks und passiven Widerstand gegen die Evakuierung angekündigt hat. . . Ausländische Korrespondenten, die die Vorgänge beobachtet hatten, wurden ständig vom Polizeiwagen verfolgt und zum Weitergehen aufgefordert, wenn sie mit den Flüchtlingen sprechen wollten.“

(Telegraf, 10. Februar 1955).

. . . Kultur!

„In der Südafrikanischen Union haben die Gerichte in den letzten Jahren immer mehr Prügelstrafen verhängt. Aus einer statistischen Aufstellung, die die Liga für Strafrechtsreform in Südafrika veröffentlicht hat, geht hervor, daß 1953 fast 13 000 Urteile mit einer Gesamtzahl von 72 763 Stockschlägen gefällt worden sind. 1945 waren . . . 16 000, 1952 rund 50 000 Stockschläge verhängt worden.“ („Frankfurter Rundschau“, 3. Februar 1955).